

# Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte

— 37 *Polarized Politics* Tagungsbericht — 38 Vanessa Williamson *Tea Party: Die Erneuerung des Republikanischen Konservatismus* — 46 Charles Postel *Occupy: Die Wiederkehr des amerikanischen Populismus*

---

## *Polarized Politics* Tagungsbericht

»*Polarized Politics*« – *The United States in the Age of »Tea Party« and »Occupy Wall Street«* lautete der Titel der siebten Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte, die am 11. und 12. Mai 2012 stattgefunden haben. Wenige Monate vor der amerikanischen Präsidentenwahl waren Historiker, Sozialwissenschaftler und politische Kommentatoren aus den USA und Deutschland nach Berlin gekommen, um über die gegenwärtige Verfasstheit der amerikanischen Politik wie über die Wirkmächtigkeit sozialer und politischer Bewegungen in den Vereinigten Staaten nachzudenken. Anlass für diese Diskussion boten nicht zuletzt die »Tea Party« und »Occupy Wall Street« – zwei »Graswurzel«-Bewegungen, die in unterschiedlicher Weise die politische Selbstblockade in den USA abbilden.

Das Konzept des Colloquiums wurde von Bernd Greiner und Bettina Greiner entwickelt. Die Tagung war in vier Sektionen unterteilt: »*Polarized Politics*«: *What are we talking about?* – *The Tea Party: Taking Stock of a Movement* – *Tea Party, the History of Populism, and the Re-Making of Conservatism*. Bernd Greiner, Vanessa Williamson, Corey Robin und Todd Gitlin eröffneten die jeweils zweistündigen Diskussionsrunden mit knappen Impulsreferaten.

Einen Einblick in den Zuschnitt der Diskussion erlauben die Texte von Vanessa Williamson und Charles Postel. Beide sind unserer Bitte nachgekommen, das Phänomen der »Tea Party« wie der amerikanischen Spielart des Populismus für diese Beilage zu skizzieren.

Bettina Greiner

---

## Vanessa Williamson *Tea Party: Die Erneuerung des Republikanischen Konservatismus*

Im ländlichen Virginia klärte mich ein Mitglied der Tea Party – Rentner, ehemaliger Unternehmer, Kriegsveteran und Waffenaktivist – darüber auf, wie man eine Bewegung organisiert: »Das steht alles schon bei Saul Alinsky.« Wahrscheinlich würde es den linken Bürgerrechtler Alinsky, Begründer des *community organizing*, überraschen, dass dieser konservative Republikaner seinen Klassiker *Rules for Radicals* gelesen hat. Und doch tauchte Alinskys Regelwerk in meinen Interviews mit Mitgliedern der Tea Party aus dem ganzen Land ständig auf. Von Graswurzel-Kampagnen bis zur gezielten Übernahme von Ortsverbänden der Republikanischen Partei – die taktischen Anregungen für ihre Aktionen bezogen die Tea-Party-Aktivisten von den Helden der Linken. Das wirft eine interessante Frage auf: Was ist, einmal abgesehen von Parteizugehörigkeiten, eigentlich von der Mobilisierung durch die Tea Party zu halten? Ist ihr Aktivismus in Zeiten der Super-Pacs nicht ein gutes Zeichen für die amerikanische Demokratie?

In unserem Buch *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism* untersuchen meine Koautorin Theda Skocpol und ich diese bemerkenswerte soziale Bewegung. Im ganzen Land haben wir Tea-Party-Mitglieder interviewt, sie bei ihren Treffen, aber auch zu Hause besucht und an Protestveranstaltungen teilgenommen. Dabei sind wir zu dem Schluss gelangt, dass sich bei den Aktivisten der Tea Party ein lobenswertes und wirkungsvolles politisches Engagement mit einem hohen Grad an Uninformiertheit und einer beunruhigenden Intoleranz gegenüber politischen Gegnern verbindet.

Doch betrachten wir, bevor wir uns den politischen Leidenschaften ihrer Aktivisten zuwenden, die Tea-Party-Bewegung zunächst als Ganzes. Gleich nach dem Amtsantritt Obamas wurde das Symbol der Boston Tea Party von drei einander überlagernden politischen Kraftzentren aufgegriffen: von einem ebenso robusten wie rechtslastigen medialen Ökosystem, das Radio- und Fernsehsender, Printmedien und Onlineangebote umfasst, von einer Republikanischen Partielite, die einer extrem antietatistischen Ideologie verschrieben ist, und von einem konservativen Fußvolk, das gegen die Obama-Regierung Sturm lief. Unter dem Banner der Tea Party trugen diese drei Kräfte dazu bei, den amerikanischen Konservatismus zu erneuern und den politischen Dialog in den Vereinigten Staaten deutlich nach rechts zu verschieben.

Vor allem in den ersten Monaten waren konservative Medien eine entscheidende Komponente des Tea-Party-Aktivismus. Die ersten Veranstaltungen der Tea Party wurden häufig von lokalen rechten Talkradio-Moderatoren angekündigt und durch konservative Blogger beworben. Seit April 2009 beteiligte sich der landesweite Kabelsender *Fox News* massiv an der Mobilisierung für die Tea Party.

Das konservative Comeback unter der Fahne der Tea Party veränderte auch die Machtbalance innerhalb der Republikanischen Partei nachhaltig. Zwar waren die selbsternannten »Tea-Party-Kandidaten« primär in republikanischen Hochburgen erfolgreich, doch wirkten sich ihre extremen Ansichten insofern auf die politische Geometrie des Kongresses insgesamt aus, als sie eine bereits bestehende Rechtsdrift der Republikanischen Partei beschleunigten. Einmal im Amt, setzten sich der Tea Party verbundene Republikanische Abgeordnete für massive Kürzungen des Bundesetats ein und zählten zu den lautstärksten Gegnern von Steuererhöhungen für Amerikas Reiche.

Freilich gab es die Tea Party nicht nur im Fernsehen und in Washington, DC. Mitte bis Ende 2009 begannen die Teilnehmer an Tea-Party-Protestaktionen lokale Gruppen zu bilden. Bei diesen Aktivisten handelte es sich überwiegend um konservative Republikaner, die – wie die Rechte insgesamt – tendenziell weiß und älter, gebildeter, auch wohlhabender als der Durchschnittsamerikaner waren. Anfang 2011 trafen sich etwa achthundert Gruppen regelmäßig, unter denen viele allerdings kaum mehr als ein paar Dutzend Mitglieder hatten. Die größeren Gruppen mischen sich zwar auf lokaler oder einzelstaatlicher Ebene in die Politik ein, doch sind sie kaum in der Lage, die führenden Washingtoner Politiker, die sich ihrer Verbindungen zur Tea Party rühmen, in die Verantwortung zu nehmen.

Die ideologischen Vorstellungen der Tea Party sind keineswegs deckungsgleich mit denen der republikanischen Politiker, die behaupten, in ihrem Namen zu sprechen. So beurteilen Tea-Party-Mitglieder Staatsausgaben durchaus nicht im Lichte einer abstrakten Orthodoxie des freien Marktes, sondern danach, ob die Transferleistungen den Begünstigten wirklich zustehen. Im Allgemeinen unterstützen sie Programme, von denen sie glauben, sie kämen Amerikanern wie ihnen selbst zugute. Ihr Zorn richtet sich gegen Staatsausgaben, die nach ihrem Urteil einer Klasse von Amerikanern Vorzüge verschafft, die es nicht verdient hat – einem Urteil, das freilich stark durch Vorurteile über junge Leute, illegale Immigranten und ethnische oder rassische Minderheiten beeinflusst ist. An der Schnittstelle all dieser Ressentiments steht Präsident Obama, der in den Augen der Tea Party die Interessen von Müßiggängern auf Kosten der hart arbeitenden Amerikaner vertritt. Als soziale Bewegung ist die Tea Party fest in allen klassischen Themen des konservativen amerikanischen Populismus seit seinem Widerstand gegen die Bürgerrechtsbewegung verwurzelt. Häufig berufen sich die Mitglieder der Tea Party auf ehemals führende konservative Politiker wie Barry Goldwater, Richard Nixon und Ronald Reagan als ihre geistigen Väter.

Mit den örtlichen Kundgebungen und regelmäßigen Treffen ist die Tea Party ein Modell aktiven Bürgersinns. Gerne übernehmen diese überwiegend älteren Amerikaner, von denen einige zuvor in der Politik aktiv gewesen sind oder sich ehrenamtlich engagiert haben, alle anfallenden Aufgaben: Sie stellen die Stühle auf, verteilen Flugblätter, laden Gastredner ein, verschicken News-

letter oder bereiten kleine Erfrischungen zu. Etliche Gruppen richten auch Wohltätigkeitsveranstaltungen aus, sammeln Geld für städtische Tafeln oder Spielzeug in der Weihnachtszeit. Atmosphärisch stehen die Treffen unter dem Motto »Gemeinsam anpacken und etwas zuwege bringen« – wie in den vielen Clubs, Logen und Kirchengemeinden, denen Amerika den Ruf einer »Nation von Mitmachern« verdankt.

Bemerkenswert ist auch die Bereitschaft der Tea-Party-Basis, sich auf das Klein-Klein der Politik einzulassen. Nicht wenige Aktivisten verfolgen aufmerksam, wie bundesstaatliche Gesetzgebungsprozesse durch die parlamentarischen Ausschüsse bis zur Abstimmung im Plenum verlaufen. Federführende Mitglieder lokaler Gruppen haben es zu einiger Bekanntheit am Regierungssitz ihres Bundesstaates gebracht. Dass sie eine beträchtliche Anzahl lokaler Wähler rasch mobilisieren können, wenn es gilt, gegen Umweltschutz-Auflagen, Waffenkontrolle oder die Steuerpolitik Einspruch zu erheben, ist den Parlamentariern nicht entgangen.

Der Pragmatismus ihres politischen Engagements wird bei vielen Tea-Party-Mitgliedern, die wir interviewt haben, freilich von ausgesprochen wirren Vorstellungen darüber begleitet, was politisch eigentlich zur Entscheidung steht. Obwohl beide Behauptungen schlichtweg falsch sind, erklärten uns Tea-Party-Anhänger im Brustton der Überzeugung, die Gesundheitsreform aus dem Jahr 2010 (»Obamacare« in ihrem Sprachgebrauch) sehe sowohl die Einrichtung sogenannter Todesausschüsse vor, die darüber zu befinden hätten, ob Patienten einer medizinischen Versorgung überhaupt würdig seien, als auch die Abschaffung von Medicare, der staatlichen Krankenversicherung für ältere und behinderte Bürger. Das Prozedere ist ihnen geläufig, doch bei den konkreten Inhalten von Politik patzen sie – das genaue Gegenteil vieler Linksliberaler, die über detailliertes politisches Wissen verfügen, aber nur sehr vage Vorstellungen davon haben, wie Politik in den USA, zumal die Lokalpolitik, letztlich funktioniert.

Der Grad an Desinformiertheit nahm in unseren Interviews gelegentlich verschwörungstheoretische Dimensionen an. Während eines Tea-Party-Treffens in Massachusetts wurde ernsthaft diskutiert, ob es sich bei dem geplanten Stromnetz »smart grid« (einer Maßnahme zur Verbesserung der nationalen Stromversorgung, die ungefähr so umstritten ist wie Straßeninstandsetzungen) in Wirklichkeit nicht um eine Initiative handle, die der Regierung den kontrollierenden Zugriff auf die Heizthermostate in privaten Haushalten verschaffen soll. Wie kommen kluge und gebildete Amerikaner an derart bizarre Fehlinformationen? Einige dieser Gerüchte kursieren im Internet, eine zweite wichtige Quelle ist Fox News. Fast alle meiner Interviewpartner hatten eine Lieblingsnachrichtensendung auf Fox News, einige Ruheständler berichteten sogar, nicht weniger als acht Stunden *täglich* Fox News zu sehen. Als wir Transkripte der ausgestrahlten Sendungen durchgingen, entdeckten wir, dass der Fox-News-Moderator Glenn Beck tatsächlich auf die befremdliche Möglichkeit der staatlichen Thermostat-Kontrolle eingegangen war.

Der Vorfall ist typisch für ein allgemeines Muster. Die eher pathologischen Züge des Tea-Party-Aktivismus werden durch die Informationspolitik rechter Online-Medien, Radiosender und durch Fox News, den erzkonservativen Fernsehkanal, angeheizt. Will man die Einstellungen der Tea-Party-Aktivisten verstehen, muss man die Macht der konservativen Medienkonzerne in den Vereinigten Staaten begreifen.

Konservativ eingefärbte Nachrichten erreichen tagtäglich Millionen von Amerikanern. Im Durchschnitt versammelt Fox News mehr Zuschauer vor den Bildschirmen als seine wichtigsten Konkurrenten unter den Kabelsendern zusammen. Zu den Hauptsendezeiten verfolgen mehr als zwei Millionen Zuschauer Fox, das die zehn meistgesehenen Kabelnachrichtenprogramme ausstrahlt. Und was das Radio angeht, so erreichen Rush Limbaugh und ähnlich konservative Radiomoderatoren viele Millionen Radiohörer im ganzen Land. Diese Zuschauer und Zuhörer sind typische amerikanische Konservative – älter, weiß, Mittelschicht. Das Durchschnittsalter der Fox-News-Zuschauer liegt bei über 65 Jahren, während die Zuhörer konservativer Radioprogramme im Durchschnitt 67 Jahre alt sind. Weniger als 2 Prozent der Zuschauer von Fox sind Afro-Amerikaner. Kurzum: Fox News ist in den Wohnzimmern der alternen Konservativen Amerikas mit einem Marktanteil präsent, der den Sender nahezu konkurrenzlos macht. Zum Teil ist es der massiven Medienkonsolidierung der letzten Jahrzehnte geschuldet, dass es kein linkes Pendant zu Fox News gibt. Stattdessen existieren neben diesem tonnenschweren und aggressiven rechten Medienmoloch kleinere Nachrichtensender, die um ihr Überleben kämpfen. Sie versuchen mitzuhalten, obwohl sie zumindest sporadische Anstrengungen unternehmen, die Fakten wirklich zu überprüfen und »beide Seiten der Geschichte« abzubilden.

Für die Entstehung des Phänomens Tea Party spielte Fox News eine entscheidende Rolle. Die Berichterstattung über die Kundgebungen vom 15. April 2009 begann der Sender bereits sechs Wochen zuvor. Nach unseren Analysen muss man Fox News als eine Art Drahtzieher der sozialen Bewegung betrachten. Auf die loyalen älteren konservativen Zuschauer, deren sich Fox schon vor dem Aufkommen der Tea Party erfreuen konnte, werden die eifrigen Werbe- und Informationsbemühungen des Senders sicherlich einen erheblichen Eindruck gemacht haben.

Wie prägend Fox News konservatives Gedankengut zu verbreiten in der Lage ist, hatte der Sender bereits Jahre vor dem Aufkommen der Tea Party unter Beweis gestellt. Studien dokumentieren, dass er seine Zuschauer nicht nur konservativer gemacht hat. Sie waren zugleich auch weniger gut informiert. Auch ließ sich zeigen, dass die Einspeisung von Fox News ins Kabelprogramm mit einem Aufwärtstrend in der Stimmabgabe für die republikanischen Präsidentschaftskandidaten einherging. Fox-News-Zuschauer sind über politische Angelegenheiten häufiger falsch informiert als die Nutzer anderer Nachrichtenmedien. Im Jahr 2010 glaubten sie 14-mal häufiger – in den meisten Fällen irriterweise –, dass ihre steuerliche Belastung gestiegen sei und 31-mal häufiger,

dass Obamas Gesundheitsreform die Staatsverschuldung erhöhen werde (dabei wird auf lange Sicht tatsächlich eine erhebliche Reduktion des Haushaltsdefizits vorausgesagt). Angesichts ihrer relativ guten Ausbildung und ihrer soliden Kenntnisse der politischen Verfahren sind die sachlich falschen Überzeugungen, die Tea-Party-Anhänger in vielen politischen Fragen vertreten, umso erstaunlicher. So lässt sich eine Schlussfolgerung kaum vermeiden: Die bewusste Verbreitung von Falschinformation durch Fox und andere mächtige Medienkanäle ist verantwortlich dafür, dass die ansonsten für ihre Kämpfe gut präparierten Tea-Party-Aktivisten mit schäbigen Waffen ausgerüstet werden, das heißt, mit unwahren Tatsachenbehauptungen und übertriebenen Ängsten.

Die verschwörungstheoretischen Neigungen mögen harmlos scheinen, doch haben sie ganz reale politische Folgen. Ein besonders haarsträubendes Gerücht betrifft ein finstres Komplott namens »Agenda 21«. Auf einem Treffen in Virginia, an dem ich teilgenommen habe, setzte ein Gastredner seine Zuhörer über die erschreckenden Details ins Bild: Die Vereinten Nationen und amerikanische Regierungsstellen auf allen Ebenen betrieben, so die Behauptung, eine kommunistische Verschwörung. Zunächst handle es sich bei diesem Unterfangen um vermeintlich unverfängliche Maßnahmen wie die Schaffung neuer Fahrradwege. Doch ziele die »Agenda 21« letztlich darauf ab, alles Privateigentum zu konfiszieren und die amerikanischen Bürger zuerst in städtischen Ghettos, später dann in Konzentrationslagern zusammenzupferchen. »Nachhaltige Entwicklung«, damit schloss der Vortrag, sei nichts anderes als der beschönigende Deckname für die geplante Etablierung einer den Globus umfassenden Weltregierung.

Weil ich einige der Tea-Party-Mitglieder, die im Publikum saßen, zuvor interviewt hatte, erwartete ich, diese gebildeten und politisch bewanderten Zuhörer würden sich mit kritischen Nachfragen zu Wort melden. Stattdessen beschwerten sie sich über andere Eingriffe lokaler Behörden, die sie nun als Teil dieser umfassenden internationalen Bedrohung begriffen. Also wurde ein Komitee gegründet, das die Gefahren des Umweltschutzes genauer unter die Lupe nehmen sollte.

Ähnliche Szenen wiederholten sich in anderen Städten Amerikas. Verbreitet durch die John Birch Society, eine Organisation, die schon in der Bürgerrechtsbewegung und in der Anreicherung des Trinkwassers mit Fluor Machenschaften des Kommunismus am Werk sah, zog die »Agenda 21«-Verschwörung ihre Kreise im ganzen Land. Ich selbst habe erlebt, wie solche Verschwörungstheorien älteren Aktivisten der Tea Party wirkliche Angst einjagten. Und so mussten überraschte Lokalpolitiker wichtige Planungsentscheidungen zurückstellen, weil erzürnte Tea-Party-Mitglieder schläfrige Stadtversammlungen sprengten. Was sie umtrieb, war die »Agenda 21«.

Neben den rechten Medien propagieren folglich auch konservative Interessenverbände die eher abstrusen Überzeugungen, die in der Tea Party gedeihen. Einige dieser Gruppen, wie die bereits erwähnte John Birch Society oder eine Miliz wie die Oath Keepers, operieren eher vom Rande der Gesellschaft aus.

Andere Lobbyisten, die wie FreedomWorks oder Americans for Prosperity als glühende Verfechter des freien Marktes auftreten, spielen innerhalb der Republikanischen Partei eine zunehmend bedeutsame Rolle.

Aber wie verschaffen sich rechte Interessenverbände mit ihrem oft abseitigen oder unglaubwürdigen Behauptungen Gehör bei den Ortsgruppen der Tea Party? Einige der Ideen, die den freien Markt propagieren, kursieren in Blogger-Netzwerken und werden durch E-Mail-Kettenbriefe verbreitet. Tatsächlich leiten viele Tea-Party-Mitglieder, die wir getroffen haben, E-Mails geradezu begeistert weiter. Ob es sich um Berichte über Budgetplanungen oder politische Witze handelt, alles wird an lange Listen von Bekannten weitergemailt, häufig mehrere E-Mails pro Tag. Zudem verfügen viele örtliche Tea-Party-Gruppen über eine eigene, ansprechend gestaltete Website mit Hinweisen auf Webkonferenzen, mit Berichten und Videos, die von der einen oder anderen Lobbygruppe in Umlauf gebracht werden. Professionell organisierte Lobbyisten wenden sich auch ganz direkt an die Ortsgruppen, denn deren Organisatoren brauchen attraktives Material, um ihre Mitglieder bei der Stange zu halten und neue Parteigänger zu gewinnen. Redner, die von überregionalen oder staatlichen Organisationen angeboten werden, sind für örtliche Tea-Party-Vorsitzende ein Geschenk des Himmels. Da sich zahlreiche ultra-konservative Interessengruppen darum bemühen, ihre Redner unterzubringen, können es sich die Programmplaner der Tea-Party leisten, wählerisch zu sein. Sie favorisieren Themen, die in ihrer Region gerade heiß umstritten sind, und engagieren Sprecher, die sich auf den Vortragsreisen von Ortsgruppe zu Ortsgruppe einen Namen gemacht haben. Das ist einer der Wege, auf dem – wie wir glauben – politisch folgenreiche, wiewohl mitunter seltsame und wirklichkeitsfremde Ideen auf der lokalen Ebene ihre Adressaten finden. Auch wenn die Verbindungen zu den überregional tätigen Interessengruppen lose bleiben, sichern deren Anliegen und Überzeugungen in die politische Vorstellungswelt der Tea Party ein.

Gut versorgt mit den verstiegenen Thesen konservativer Medien und nationaler Lobbygruppen vermählt der Graswurzel-Aktivismus der Tea Party partizipatorisches Engagement und bemerkenswerte Kenntnisse der Arbeitsweise von Regierungen mit faktisch unhaltbaren Auffassungen, was politische Inhalte angeht. Aus dieser Dynamik erklärt sich eines der größten Rätsel, vor das uns die Tea-Party-Aktivisten stellen, wie nämlich gebildete und intelligente Graswurzel-Aktivisten derart realitätsblinde Vorstellungen über die Gegenstände amerikanischer Politik entwickeln können.

Doch ist dies nicht das einzige Paradox der Tea-Party-Bürger. Die Gruppen, mit denen wir Kontakt hatten, kombinierten ihre tolerante und zugewandte gruppeninterne Interaktion mit einem nahezu vollständigen Mangel an Empathie für Mitbürger außerhalb ihrer Kreise. Diese zweite Dynamik ist nicht minder bedeutsam, will man die Rolle der Tea Party im demokratischen Leben Amerikas verstehen.

Vielen Tea-Party-Ortsgruppen gehören sowohl Wertkonservative, denen herkömmliche moralische Fragestellungen am Herzen liegen, als auch Liberale an, denen darum zu tun ist, die individuelle Wahlfreiheit gegenüber staatlicher Bevormundung zu schützen. Daraus ergibt sich eine tiefe ideologische Kluft. In der Praxis bemüht man sich aber nachdrücklich, einander zu verstehen und zusammenzuarbeiten. Sowohl aus politisch-pragmatischen Gründen als auch aus echtem Mitgefühl für die anderen Mitglieder in der Gruppe wird daran gearbeitet, die Divergenzen innerhalb der Tea Party zu überbrücken.

Auch wenn sich die Mitglieder der Tea Party bemühen, Raum für unterschiedliche Ansichten in sozialen Fragen zu lassen, scheuen sie nicht davor zurück, Mitbürger, die anderen Altersgruppen angehören und ihr Leben unter anderen Lebensumständen führen, offen zu dämonisieren. Rassistische Untertöne waren beispielsweise unüberhörbar, als uns ein Tea-Party-Mitglied aus Virginia erklärte, es sei eben eine »Plantagen-Mentalität«, die »gewisse Leute« in der Abhängigkeit von Sozialhilfe halte. Viele Interviewpartner zeigten sich auch darüber besorgt, dass illegale Immigranten aus Mexiko das amerikanische Sozialsystem ausnutzten, ohne selbst Steuern zu zahlen.

Die entlang rassistischer und ethnischer Trennlinien gezogene Unterscheidung zwischen »uns« und »denen« kennzeichnet die Weltsicht vieler, die sich in der Tea Party engagieren. Unverblümt kommt sie allerdings eher in der öffentlichen Arena zum Ausdruck als in Gruppendiskussionen oder Interviews. Dass sich die Tea Party über rassistische und ethnische Minderheiten und über junge Leute, denen es vermeintlich zu gut geht, derart heftig den Kopf zerbricht, verrät eine tief sitzende Angst vor einem sozialen und generationellen Wandel in Amerika. Von dem Gefühl, erst unlängst aus einem langen Schlaf in einem neuen, ihnen völlig fremden Land aufgewacht zu sein, berichteten viele Anhänger der Tea Party. »Es ist so deprimierend, zu sehen, in welchem Zustand unserer Nation ist«, bekannte ein Tea-Party-Aktivist aus Virginia. »Meine Kinder sind da anderer Meinung; doch wird ihnen das Land unbekannt bleiben, in dem ich aufgewachsen bin.«

Die rassistischen Untertöne, die im persönlichen Gespräch anklagen, sind nur ein schwacher Abklatsch der kruden Verunglimpfungen, die selten, wiewohl regelmäßig auf den Kundgebungen der Tea Party überall im Land auftauchen, etwa auf Schildern mit rassistischen Beschimpfungen und Plakaten, die Obamas Präsidentschaft mit »weißer Sklaverei« gleichsetzen. Dagegen wurden die Angst vor dem Islam und der Hass auf Muslime häufig angesprochen, auch in unseren Interviews. So berichtete eine Tea-Party-Aktivistin beispielsweise, ihr seien Berichte zu Ohren gekommen, wonach »die Islamisten im Begriff seien, das Land zu übernehmen«.

In unseren Interviews wurden rassistische Ansichten meist nur zurückhaltend geäußert, während hasserfüllte Kommentare extrem ausfielen, sobald das Gespräch auf den politischen Gegner kam. Gewerkschaftern wird das Recht abgesprochen, sich – wie die Tea Party – zu organisieren und ein kollektives politisches Votum zu formulieren. Zu Bedrohungen für die Nation werden

---

Organisationen erklärt, in denen sich Afroamerikaner und Latinos für ihre Rechte starkmachen. Eine solche Bedrohung stellen auch die Demokraten dar, Präsident Obama zumal, der noch nicht einmal als legitimer Gegner im Meinungsstreit mit den Republikanern in Betracht gezogen wird. Man geißelt ihn als unpatriotisch, als eine ernste Gefahr für die nationale Sicherheit und eine gesunde amerikanische Gesellschaft.

Wieder sind es konservative Fernsehprogramme, die diese rassistischen und ethnischen Stereotype pflegen. Wer nur einen Tag lang Fox schaut, muss den Eindruck gewinnen, dass illegale Immigranten, Kriminelle und Farbige, die einfach kein Benehmen haben, Amerika überschwemmen. Jeder gewaltsame Zwischenfall an der Grenze zu Mexiko wird breitgewalzt, und Geschichten über die angebliche Bedrohung weißer Wähler durch die »New Black Panther Party«, eine obskure lokale Gruppe, machen nationale Schlagzeilen. Selbstverständlich werden die Fox-News-Zuschauer auch daran erinnert, dass derart gefährliche Minderheiten von den Eliten in Amerikas urbanen Zentren an der Ost- und Westküste unterstützt und gefördert werden – also von Leuten, die auf »gewöhnliche Amerikaner« nur herabschauen, während sie in Wahrheit ihrerseits ganz und gar unamerikanisch sind.

Nichts ist gegen eine lebhaft politische Debatte einzuwenden. Erischer und oft auch ruppig vorgetragener Widerspruch war schon immer ein Element der politischen Kultur Amerikas. Doch können demokratische Prozesse nur dann funktionieren, wenn sich beide Seiten über gewisse Tatsachen einig sind und die politische Legitimität ihrer Gegner anerkennen. Wir haben gesehen, dass zum demokratischen Engagement der Tea Party ein Ausmaß an Uninformiertheit und Intoleranz gegenüber anderen Gruppen gehört, das besorgniserregend ist. Diese Merkmale gehen auf die Einwirkung konservativer Medien und nationaler Interessengruppen zurück, die das Konzept der Tea Party von Beginn an unterstützt haben. Folglich sollte die Tea Party aus dem Zusammenwirken dieser drei Komponenten – parteilicher Medien, finanzkräftiger nationaler Interessenverbände und tatkräftiger Graswurzel-Aktivistinnen – begriffen werden, was zugleich bedeutet, dass sie das Resultat eines Zeitalters polarisierter Politik ist. Es handelt sich um ein Amalgam, das nicht nur Amerikas großartige zivilgesellschaftliche Traditionen in Erinnerung ruft, sondern auch eine düstere Geschichte von Angst und gesellschaftlicher Ausgrenzung.

*Aus dem Amerikanischen von Hendrikje Schauer*

---

## Charles Postel *Occupy: Die Wiederkehr des amerikanischen Populismus*

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts überwand die Revolutionierung der Telekommunikation und die Dampfkraft, wie es Thomas Edison formulierte, Raum und Zeit. Sie ermöglichten neue Formen der Organisation und Zentralisierung in ungeahnter Größenordnung. Die neuen Technologien kamen in den Vereinigten Staaten zu einer Zeit auf, die Mark Twain auf den Namen »Gilded Age« taufte, das vergoldete Zeitalter. In ihm wuchs die Macht der Konzerne exponentiell, einige wenige Unternehmensführer häuften ungeheure Vermögen an, nervöse Finanzmärkte und Börsenkrisen forderten verheerende Tribute, und die Gesellschaft zeigte sich durch eine beispiellose Kluft ökonomischer Ungleichheit gespalten. Auf diese tief greifenden, für sie teils bedrohlichen Umwälzungen reagierten Farmer, Arbeiter und Bürger mit der Populistischen Bewegung der 1890er Jahre, der größten Herausforderung an die Macht der Konzerne in der amerikanischen Geschichte.

In den vergangenen dreißig Jahren haben wir eine weitere Revolution der Telekommunikation erlebt, einen neuerlichen Machtzuwachs der Unternehmen und eine sich krisenhaft verschärfende Ungleichheit. Mit guten Gründen sprechen viele Beobachter deshalb von einem »Zweiten Gilded Age«, das die Vereinigten Staaten durchleben. Trotzdem wurde die Macht der Konzerne allenfalls zaghaft und nur gelegentlich herausgefordert. Allerdings schienen »die Krawalle von Seattle« – die Massenproteste während der Konferenz der Welthandelsorganisation im Jahre 1999 – den Beginn einer Bewegung gegen die Machenschaften globaler Konzerne zu versprechen. Doch rückten die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000, der 11. September 2001, die Invasion des Irak und der »Krieg gegen den Terror« völlig andere Themen in den Vordergrund. Dann versammelten sich im Februar 2011 Zehntausende Arbeiter, Studenten und Aktivisten vor dem Regierungsgebäude in Wisconsin, um gegen ein neues Gesetz zu protestieren, das die Tarifrechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten erheblich beschneiden würde. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Großen Rezession 2008 gingen Bürger entschlossen auf die Straße, um ihre Rechte und ihr Auskommen gegen Übergriffe der Arbeitgeber zu verteidigen.

Angeregt durch die Geschehnisse auf dem Tahrir-Platz, den Arabischen Frühling und die Proteste in Wisconsin wurde mit der Errichtung eines Zeltlagers im Zucotti-Park in New Yorks Financial District im September 2011 die Occupy-Wall-Street-Bewegung geboren. Rasch breitete sich die Bewegung auf Hunderte amerikanischer Städte und Dutzende Länder aus. An den Camps beteiligten sich viele junge Menschen – Studierende, aber auch berufstätige, teilzeitbeschäftigte und arbeitslose Hochschulabsolventen, die unter der Last hoher Studienkredite litten. Ihnen schlossen sich Lehrer, Krankenschwestern,

Angestellte der Verkehrsbetriebe und weitere Teile der Arbeiterbewegung an sowie ein breites Spektrum von Aktivisten, die sich im Kampf um Wohnraum, Bildung, Frauenrechte, Immigration und andere Ziele engagierten.

Auch wenn die Occupy-Bewegung keinen eigenen Forderungskatalog aufgestellt hat und ideologisch wie organisatorisch ohne klare Konturen blieb, stellt sie eine in der Tradition des amerikanischen Populismus bemerkenswerte Reaktion auf die gegenwärtige Krise dar. Dem Populismus des letzten Gilded Age korrespondiert die Occupy-Bewegung in dreierlei Hinsicht:

Erstens lastet die Occupy-Wall-Street-Bewegung, wie ihr Name schon sagt, die Schuld für die Finanzkrise und den durch sie verursachten ökonomischen Schiffbruch den Bankern und Finanzinvestoren und ihrer Spekulationswut an. Dabei ist zu beachten, dass eine der umstrittensten Entscheidungen der Obama-Regierung bei ihrem Amtsantritt darin bestand, von anfangs erwogenen strafrechtlichen Ermittlungen gegen jene Wall-Street-Größen, die die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht hatten, schließlich doch wieder Abstand zu nehmen. Zudem hatten von der Tea Party unterstützte Republikaner jeden Versuch energisch bekämpft, das Banken- und Finanzsystem irgendeiner Kontrolle zu unterwerfen. So kommt der Occupy-Bewegung zumindest das gewichtige Verdienst zu, das Augenmerk auf diejenigen Interessenlagen gerichtet zu haben, die die Hauptverantwortung für die gegenwärtige finanzielle und ökonomische Krise tragen. Darauf wären die alten Populisten stolz.

Zweitens entspricht der Slogan der Occupy-Bewegung »Wir sind die 99 %« dem populistischen Verständnis von Mehrheitsdemokratie. Auch die Populisten setzten zu ihrer Zeit Variationen des 99%-Slogans in der Überzeugung ein, dass Bankiers, Geschäftsführer von Eisenbahngesellschaften und andere »Räuberbarone« nur einen Bruchteil der Bevölkerung darstellten. Sollte Demokratie überhaupt einen Sinn haben, dann als die Herrschaft der Mehrheit, das heißt, »des Volkes«. Die Occupy-Bewegung hat sich des Slogans von den 99 % mit ähnlicher Zielrichtung bedient. Und tatsächlich hat er sich als zutreffender und wirksamer erwiesen, als seine Kritiker eingestehen. Eine breit angelegte Studie des Congressional Budget Office hat bestätigt, dass die Einkommen des obersten Prozents der amerikanischen Bevölkerung in den dreißig Jahren zwischen 1977 und 2007 um mehr als 270 Prozent gestiegen sind. Die Einkommen beinahe aller anderen stagnierten, und ihr Anteil am Volkseinkommen ist deutlich zurückgegangen. Der Befund ist umso erstaunlicher, als es innerhalb dieser Jahrzehnte schnelle Zuwächse bei Produktivität und Wohlstand gab. Dennoch ließe sich einwenden, die Behauptung »Wir sind die 99 %« ginge nicht auf, einfach weil sich Millionen von Amerikanern mit den Wohlhabenden identifizieren oder die Steuer- und Wirtschaftspolitik, die dem obersten einen Prozent derart entschieden zugute kam, aus sonstigen Gründen befürworten. Doch ist dies ein Problem politischer Arithmetik, das schon die alten Populisten plagte.

Drittens hat die Occupy-Bewegung die tiefen Spalten ökonomischer Ungleichheit grell ausgeleuchtet. Das späte 19. Jahrhundert hatte ein in der amerikanischen Geschichte beispielloses soziales Gefälle hervorgebracht. Märchenhafte Reichtümer schürten Ängste vor einer neuen Aristokratie oder Plutokratie, die einer von Klasse und Rang bestimmten Gesellschaft vorstehen würde. Die Kritik der Populisten betrachtete diese Ungleichheiten als Ergebnis einer von einflussreichen Unternehmern bestochenen Rechtsprechung und Gesetzgebung, einer Geld- und Steuerpolitik, die Banken wie Konzerne auf Kosten der Bevölkerung begünstigte, und nicht zuletzt als das Resultat des Abbaus von Arbeiterrechten. »Derselbe fruchtbare Schoß staatlicher Ungerechtigkeit«, verkündete das Parteiprogramm der Populisten von 1892, »bringt zwei große Klassen hervor: die Landstreicher und die Millionäre«. Ganz in diesem Sinne trug die Occupy-Bewegung ihre Überzeugung in die öffentliche Diskussion, dass sich die gegenwärtige Ungleichheit keinem Naturgesetz verdankt, sondern Folge der finanziellen Einflussnahmen von Großkonzernen auf den Prozess der politischen Willensbildung und der ihm entspringenden unternehmerfreundlichen Steuer- und Finanzpolitik ist. Auch darauf wären die alten Populisten stolz gewesen.

Dennoch würde die Occupy-Bewegung – oder zumindest einige ihrer Strömungen – unter den alten Populisten für Verwirrung sorgen. Da wäre zunächst die ambivalente Haltung vieler Occupy-Aktivisten zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Es wurde viel darüber spekuliert, warum die Occupy-Bewegung keine spezifischen Forderungen vertritt. Teil der Erklärung ist sicherlich, dass es in einer so zersplitterten und facettenreichen Bewegung schwierig sein dürfte, zu einer Einigung über konkrete Forderungen zu gelangen. Insbesondere hegt eine beträchtliche Anzahl von Aktivisten Zweifel gegenüber Forderungen, die auf ein staatliches Eingreifen hinausliefen. Die Regulierung der Finanzmärkte, Schuldenerlasse, Beschäftigungsprogramme und ähnliche Maßnahmen implizierten allesamt die Ausübung staatlicher Macht, zumal auf Bundesebene. In ihrem Misstrauen gegenüber Regierungen weisen einige der Aktivisten, zumindest oberflächlich betrachtet, Gemeinsamkeiten mit dem libertären Flügel der Tea-Party-Bewegung auf. Auf einer tieferen und grundlegenderen Ebene favorisieren die Occupy-Aktivisten jedoch die Vision einer dezentralisierten, antihierarchischen und egalitären Welt. Das Gemeinwesen, das sie erschaffen wollen, soll nicht aus neuen oder wiederbelebten Strukturen vertikaler Macht hervorgehen, sondern aus horizontalen und konsensualen gemeinschaftlichen Netzwerken – sei es im persönlichen Kontakt wie bei den Camps oder über größere Distanzen hinweg mit Hilfe von Internet- und Computertechnologien.

Solche Vorbehalte und Bedenken angesichts vertikaler und bürokratischer Machtverhältnisse waren den Populisten des ersten Gilded Age fremd. Sie hatten verstanden, wie unverzichtbar sowohl vertikal als auch zentralisiert organisierte Alternativinstitutionen für den Versuch sind, der vertikalen und zentra-

lisierten Macht großer Konzerne die Stirn zu bieten. Nach diesem Grundsatz organisierten sie Agrargenossenschaften und andere Gemeinschaftsunternehmen, die sie aufbauten, um das Monopol der Konzerne zu brechen. Nach dem gleichen Grundsatz beurteilten sie auch staatliches Handeln. Gemäß ihrer Auffassung von Demokratie konnte und sollte die Regierung gemeinschaftlichen Bedürfnissen dienen und eine Gegenkraft zur Macht der Konzerne bilden. Die Populisten kämpften für die Einrichtung von Bahnkommissionen und anderen Kontrollmechanismen, um die Macht der Eisenbahngesellschaften zu beschränken. Sie forderten die Verstaatlichung des nationalen Bankensystems, um die Macht der Wall Street zu brechen. Darüber hinaus setzten sie sich für das sogenannte Subtreasury-System ein. Dieser originär populistische Vorschlag sah die Errichtung eines bundesweiten Systems lokaler Finanzkammern mit Hauptsitz im Washingtoner Finanzministerium vor, die in allen agrarischen Gebieten Umschlagstellen zur Lagerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse schaffen und günstige Darlehen für Bauern bereitstellen sollten. Für andere Bankgeschäfte forderten die Populisten Postsparkassen.

Die Einstellung der Populisten zur Post ist besonders aufschlussreich. Im späten 19. Jahrhundert war das Postministerium der umfangreichste bürokratische Apparat der Nation, das größte Ressort der Bundesregierung und für die meisten Amerikaner überhaupt der einzige Zweig der öffentlichen Verwaltung, mit dem sie regelmäßig zu tun hatten. Populistische Bauern sahen in der Post ein Modell für gerechte, effiziente und erschwingliche Dienstleistungen. Heute verhöhnt eine internet-versierte Generation die Post gern als behäbige »Schneckenpost«. Doch waren die Leistungen der damaligen Post erstaunlich effizient und kostengünstig. (Weitgehend ist das noch immer der Fall, obwohl die einträglichsten Geschäftszweige an FedEx und andere private Unternehmen gingen.) Während die Tarife der Telegraf- und Eisenbahnunternehmen für Farmer und Arbeiter oft unerschwinglich waren, ermöglichten ihnen die günstigen Angebote der Post, an der Beschleunigung der Kommunikation teilzuhaben. Zudem gestattete das reduzierte Porto für Zeitungen und Zeitschriften es den Populisten, ein Netzwerk für die Verteilung von preiswerter Reformliteratur aufzubauen, das bis in die entferntesten Dörfer reichte.

Im Postwesen erblickten die Populisten ein Muster für Regierungsreformen. So heißt es im Populistischen Gründungsprogramm von 1892:

»Wir glauben, dass die Macht der Regierung – mit anderen Worten, die Macht des Volkes – so schnell und so weit ausgedehnt werden sollte (nach dem Vorbild der Post), wie es die Urteilskraft eines vernunftbegabten Volkes und die Lehren der Erfahrung rechtfertigen, sodass für Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Armut in diesem Land schließlich kein Platz mehr sein wird.«

Solches Vertrauen in »die Macht der Regierung« fehlt der Occupy-Bewegung heute. Anders als in den 1890er Jahren tragen die größten Bundesbehörden im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nicht mehr die Post aus, stattdessen tragen sie mit Drohnenangriffen den Krieg in Dörfer rund um den Globus, oder sie überwachen den gefängnis-industriellen Komplex, in dessen

Stahl- und Betonkäfigen über zwei Millionen Amerikaner einsitzen. Das Misstrauen gegen den Staat sitzt tief. Vielen Occupy-Aktivisten schwebt, wenn es darum geht, neue Wege für die Transformation der Gesellschaft zu erkunden, die Schaffung von nichtstaatlichen und nichthierarchischen Netzwerken vor. Diese Vision wird häufig als anarchistisch beschrieben, doch ähnelt sie in ihrer auf Konsens und Freiwilligkeit beruhenden Form des Kollektivismus eher einer Spielart des Anarchosyndikalismus. Wie die anarchosyndikalistischen Bewegungen in Spanien und andernorts hat die Occupy-Bewegung ihren organisatorischen Schwerpunkt in der »Vollversammlung«. Auch in den Vereinigten Staaten gibt es eine Tradition des anarchosyndikalistischen Radikalismus, zu nennen wären insbesondere die »Industrial Workers of the World« (IWW) des frühen 20. Jahrhunderts. Während es sich jedoch bei der IWW um eine Arbeiterbewegung handelte, deren primäres Ziel die Überwindung von Klassenstrukturen war, sind die Ziele der Occupy-Bewegung weniger scharf umrissen: Ihre Vision zielt auf den Abbau von Hierarchien in ihren vielfältigen Erscheinungsformen – Macht, Reichtum, Rasse oder Geschlecht.

Diese Vision zeigt sich auch im Insistieren der Occupy-Bewegung darauf, dass sie Führer weder habe noch brauche. Doch verschaffen sich natürlich nicht alle gleich viel Gehör. Bezeichnenderweise reicht der Einfluss prominenter Aktivisten früherer linker Bewegungen wie Angela Davis, obwohl sie durchaus auf Occupy-Veranstaltungen gesprochen haben, nicht allzu weit. Einige derer, die den größten Einfluss haben, gehören einer neuen Generation akademisch geschulter Aktivisten an, die über so etwas wie eine besondere Sensibilität für dezentralisierte und nichthierarchische Netzwerke verfügen. David Graeber, ein Anthropologe, der in Yale unterrichtet hat und jetzt an der Universität London lehrt, ist wahrscheinlich der typische Repräsentant dieser Gruppe. Er soll unter den Ersten gewesen sein, die für den Slogan »Wir sind die 99%« eintraten, und gab der Bewegung richtungsweisende intellektuelle Impulse. Graeber bezeichnet sich selbst als Anarchisten, doch anders als Anarchisten in der Vergangenheit, die in einer Kombination aus Eigentum und Staat ihren Feind ausmachten, geht es ihm um den radikalen Abbau einer ganzen Reihe von sozialen Strukturen. Dabei wartet er mit überraschend »populistischen« Antworten auf. Ein Großteil seiner Arbeit konzentriert sich auf die Beziehung zwischen Gläubigern und Schuldern. Seine vielgelesene anthropologische Monografie *Debt: The First 5,000 Years* (2011) untersucht Geld und Schulden in der gesamten Geschichte Eurasiens. In vieler Hinsicht ist sie genau die Art Buch, die die alten Populisten inspirierte, sahen sie doch ebenfalls im Nexus von Geld und Schulden die Wurzel der sozialen Probleme. Wie die Populisten fordert auch Graeber, den gordischen Knoten der Verschuldung zu zerschlagen, um so eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Graeber ist freilich antietatistisch eingestellt. In seinen Überlegungen findet sich daher kein modernes Äquivalent für die Populistische Finanzbehörde oder ähnliche staatliche Institutionen, die der Umstrukturierung von Kreditbeziehungen dienen. Doch auch wenn viele Occupy-Aktivisten mit antietatistischen

Ideen sympathisieren, gehen sie doch meist nicht so weit wie Amerikas bekannteste Anarchistin im ersten Gilded Age: Während der Wirtschaftskrise von 1893 warnte Emma Goldman eine Gruppe arbeitsloser und hungriger Arbeiter auf New Yorks Union Square vor der »Dummheit«, vom Staat, »ihrem schlimmsten Feind«, Abhilfe zu erwarten. Der Arbeiter sei besser beraten, das Eigentum eines reichen Nachbarn anzugreifen. Diese Haltung mag die wenigen Gruppen des »schwarzen Blocks« am Rande der Occupy-Bewegung antreiben. Eine viel breitere Strömung vertreten aber die vielen Stimmen, die diese Ideen in politische Slogans ummünzen, die auf Forderungen an den Staat hinauslaufen – nach Schuldenerlass für Hausbesitzer, denen die Zwangsvollstreckung droht, für schuldengeplagte Studierende oder Arbeitslose, die vor dem Bankrott stehen.

Auch Judith Butler, die bekannte poststrukturalistische Philosophin und Gender-Theoretikerin aus Berkeley, hat ihre Stimme der Occupy-Bewegung geliehen. Zwar ist sie nicht so unmittelbar involviert wie Graeber, doch wurde ihre Verteidigung des Idealismus und der fehlenden praktischen Forderungen der Occupy-Bewegung weithin publik gemacht. Im Oktober 2011 hat sie auf Versammlungen in New York City, Oakland und anderswo gesprochen und dabei einen Ton angeschlagen, der Kennern des historischen *Populist Movement* vertraut klingt.

»Immer wieder wird gefragt, was denn die Forderungen seien. [...] Entweder wird das Fehlen von Forderungen kritisiert, oder die Forderungen nach sozialer Gleichheit und ökonomischer Gerechtigkeit werden als unmögliche Forderungen abgetan. Wenn [...] das Recht auf Obdach, Nahrung und Arbeit unmögliche Forderungen sind, dann fordern wir das Unmögliche. Wenn es unmöglich sein soll, zu fordern, dass diejenigen, die Profit aus der Rezession schlagen, von ihrem Reichtum abgeben und von ihrer Gier ablassen, dann fordern wir das Unmögliche.«

Wie Graeber führt auch Butler nicht weiter aus, wie diese Ziele zu verwirklichen seien. Doch zählen, wie Butler nahelegt, Ideale. Auf der Straße übersetzen Occupy-Aktivisten solche Ideale sozialer Gerechtigkeit oft in konkrete Forderungen nach staatlichen Maßnahmen. Die Ziele des Bildungsstreiks – »Occupy Education« – sind die gleichen wie die der alten Populisten: allgemeine öffentliche Schulen und leichter Zugang zu öffentlichen Universitäten. Occupy-Aktivisten setzen sich für eine allgemeine staatliche Krankenversicherung (single-payer health care oder Medicare-for-all health care) ein. In Kalifornien haben Occupy-Aktivisten für eine Millionärssteuer geworben. An der Wall Street fordern Occupy-Aktivisten, direkt oder indirekt, eine strengere Regulierung des Finanzsektors und die Verfolgung von Finanzbetrügnern.

Schon bald nach Errichtung der ersten Zeltlager ergriffen die Strafverfolgungsbehörden repressive Maßnahmen. Überall in den USA vertrieb die Polizei unter Einsatz von Tränengas, Pfefferspray, Schock-Granaten und Knüppeln Protestierende von öffentlichen Plätzen. In Seattle, Oakland und anderen Städten haben sich kleine anarchistische Gruppen des »schwarzen Blocks« an den Protesten beteiligt, Schaufenster eingeschlagen und auch Brandsätze

---

geworfen. Das hat dem öffentlichen Ansehen der Bewegung geschadet und zu einem härteren Vorgehen der Polizei geführt. Auch wenn die Bewegung weiterhin übers Internet Netzwerke organisiert und in Dutzenden Städten zu so verschiedenen Themen wie den Rechten von Transsexuellen und einer gerechten Einwanderungspolitik mobilisiert, ist es schwierig, ihre Zukunft vorherzusagen. Jedenfalls hat sie in puncto Einflussnahme auf die amerikanische politische Debatte bereits viel erreicht: Mit Nachdruck hat sie die krisenhafte Zuspitzung der Ungleichheit, die Prinzipien der Mehrheitsdemokratie und die Verantwortlichkeit der Konzerne in die politische Debatte der Vereinigten Staaten eingebracht. In diesem Sinn ist der Populismus in Amerika in der Tat lebendig.

*Aus dem Amerikanischen von Hendrikje Schauer*

Hamburger  
Institut für  
Sozialforschung

EINSTEIN  
FORUM

---

Redaktion: Martin Bauer/Stefan Mörchen; Mittelweg 36, 20148 Hamburg,  
Tel. 040/41 40 97-16 und 41 40 97-32, Fax 040/41 40 97-11, [www.mittelweg36.de](http://www.mittelweg36.de)  
Gestaltung: Hans Andree, Max Andree, Wilfried Gandras